

läuft somit bis zum 30.4.1975.

Die Antragsstellung erfolgt wie bisher. Es besteht jedoch Veranlassung, nochmals auf Folgendes hinzuweisen:

1. Eine Antragsstellung ist nur innerhalb von 3 Monaten nach dem Tag der Schlachtung möglich (s. Ziff. 3 des Antrags)
2. Anträge ohne Eintragung einer Ohrmarkennummer müssen vom Landwirtschaftsamt Ludwigsburg abgelehnt werden
3. Das Landwirtschaftsamt benötigt zur Bearbeitung die Erst- und Zweitfertigung (weißes und grünes Blatt)
4. Unter der Ziff. 4 des Antrages muß das Gewicht des Tieres in Zahl und Wort angegeben und diese Angaben vom Fleischbeschauer oder Metzger bestätigt sein.

Bebauungsplan "Herrenwiesen" mit Gemeinbedarfsflächen

Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 15. Januar 1975 auf Grund des Genehmigungserlasses des Landratsamts Ludwigsburg vom 19. November 1974 Nr. 21-612.21/Wa/K folgende Änderungen des Bebauungsplanes "Herrenwiesen" mit Gemeinbedarfsflächen gem. § 13 BBauG beschlossen.

1. Die als Sondergebiet gem. § 11 BauNVO ausgewiesenen Flächen sind gem. § 9 Abs. 1 Ziff. 1 BBauG nur als Flächen für Gemeinbedarf gekennzeichnet. Die geplante spätere Nutzung ist im Bebauungsplan eingetragen.
2. Im Textteil und in der Begründung zum Bebauungsplan wurden die Worte "beschränkte Gewerbegebiete" in "eingeschränkte Gewerbegebiete" abgeändert.
3. Das Wort "Nutzungsbeschränkung" ist in "Nutzungseinschränkung" abgeändert worden.

Der geänderte Bebauungsplan mit Textteil und Begründung liegt in der Zeit vom 24. Februar 1975 bis 3. März 1975 - je einschließlich - auf dem Rathaus, Zimmer 12, öffentlich aus.

Diese Bebauungsplanänderung tritt am Tage nach der Bekanntmachung der Auslegung in Kraft.

Wahlbekanntmachung für die Wahl der Gemeinderäte

I. Die Wahl der Gemeinderäte findet am **Sonntag, dem 20. April 1975** statt.

II. Die Abstimmungszeit dauert von vormittags 8.00 Uhr bis nachmittags 18.00 Uhr.

In der Gemeinde wurden folgende Stimmbezirke gebildet:

Stimmbezirk Nr. II:

Schwieberdingen - Nord und Nordwest (nördlich der Hemminger- und Vaihinger Straße, westlich der Kirchstraße und südlichen Markgröninger Straße, nördlich der B 10 und L 1140)
Wahlraum: Rathaus, 1. Stock

Stimmbezirk Nr. III:

Schwieberdingen - Ost (südlich der B 10 und L 1140, östlich der südlichen Markgröninger Straße und Kirchstraße, nördlich der Stuttgarter Straße)
Wahlraum: Evang. Gemeindehaus, Gartenstraße 8

Stimmbezirk Nr. IV:

Schwieberdingen - Südwest (südlich der Hemminger und Vaihinger Straße, westlich der Bahnhofstraße und südlich des Auenwegs)
Wahlraum: Grund- und Hauptschule, Herrenwiesenweg 31

Stimmbezirk V:

Schwieberdingen - Südost (nördlich des Auenwegs, östlich der Bahnhofstraße und südlich der Stuttgarter Straße)
Wahlraum: Kassenraum der Schwieberdinger Bank, Bahnhofstraße 2

Stimmbezirk VI:

Teilort Hardthof
Wahlraum: Schulhaus Hardt-Schönbühlhof

Bei der Wahl sind sämtliche 18 Gemeinderäte zu wählen.

Die Parteien und Wählervereinigungen, die sich an dieser **Wahl** beteiligen wollen, werden aufgefordert, ihre **Wahlvorschläge** bis spätestens **Donnerstag, den 20. März 1975, 18.00 Uhr** beim Bürgermeister einzureichen.

Für die Form und den Inhalt der Wahlvorschläge gilt folgendes:

1. Der Wahlvorschlag soll die Wählervereinigung nach ihrem Parteinamen oder einem sonstigen unterscheidenden Merkmal, das in einem Kennwort ausgedrückt ist, kenntlich machen. Das gewählte Kennwort darf weder den gesetzlichen Bestimmungen zuwiderlaufen noch eine Verletzung der guten Sitten enthalten.
2. Jeder Wahlvorschlag darf nur soviel Bewerber enthalten, wie Gemeinderäte zu wählen sind. Die Verbindung von Wahlvorschlägen ist unzulässig. Die Bewerber müssen wählbar sein. Sie sind in erkennbarer Reihenfolge mit Familien- und Rufnamen, Stand oder Beruf, Geburtstag, Wohnort und Wohnung so anzuführen, daß über ihre Person kein Zweifel besteht. Als Beruf ist die gegenwärtig hauptberuflich ausgeübte Tätigkeit anzugeben. Die Wahlvorschläge dürfen für jeden Bewerber nur eine Stimme vorsehen.
3. Wählbar in den Gemeinderat ist, wer am Wahltag
 - a) Deutscher im Sinne von Art. 116 des Grundgesetzes ist,
 - b) das 21. Lebensjahr vollendet hat,
 - c) seit mindestens drei Monaten in der Gemeinde wohnt und hier seinen Hauptwohnnort hat.

Nicht wählbar ist, wer

- a) entmündigt ist oder unter vorläufige Vormundschaft oder wegen geistiger Gebrechen unter Pflegschaft gestellt ist oder wegen Geisteskrankheit oder Geistesschwäche in einem psychiatrischen Krankenhaus untergebracht ist,
 - b) infolge Richterspruchs das Wahlrecht oder die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt,
 - c) als Beamter im förmlichen Disziplinarverfahren durch Urteil aus dem Dienst entfernt worden ist, in den auf die Rechtskraft des Urteils folgenden fünf Jahren, oder
 - d) von einem deutschen Gericht wegen vorsätzlich begangener Tat zu Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten rechtskräftig verurteilt worden ist, während der Verbüßung der Strafe und in den auf die Rechtskraft des Urteils folgenden drei Jahren.
4. Im Wahlvorschlag sollen ein **Vertrauensmann** und ein Stellvertreter benannt werden, die ermächtigt und verpflichtet sind, für die Wählervereinigung die zur Beseitigung etwaiger Anstände erforderlichen Erklärungen entgegenzunehmen und abzugeben. Fehlt diese Benennung, gilt der erste Unterzeichner des Wahlvorschlags als Vertrauensmann. Mitglieder des Gemeindevahlausschusses oder eines Stimmbezirksausschusses sowie deren Stellvertreter können nicht Vertrauensmänner oder deren Stellvertreter sein.

5. Mit dem Wahlvorschlag ist eine **unterschriftliche Erklärung** jedes Bewerbers einzureichen, daß er der Aufnahme in den Wahlvorschlag zugestimmt hat. Ein Bewerber darf sich für dieselbe Wahl nicht in mehrere Wahlvorschläge aufnehmen lassen.

6. Bei Wahlvorschlägen von Parteien, die im Landtag vertreten sind (CDU, SPD, FDP/DVP), genügt die **Unterschrift** des für die Gemeinde zuständigen Parteivorsitzenden oder seines Stellvertreters. Bei anderen Parteien und Wählervereinigungen, die bisher schon im Gemeinderat vertreten waren und zwar

- a) Freie Wählervereinigung
- b) Wählervereinigung unabhängiger Bürger und SPD (früher: Wählervereinigung der Arbeitnehmer und SPD)
- c) CDU und freie Bürgervereinigung (früher: CDU und Wählervereinigung der Alt- und Neubürger)
- d) Unabhängige Wählervereinigung - Handel und Gewerbe
- e) Wählervereinigung demokratisch-fortschrittlicher Bürger

genügt die Unterschrift der Mehrheit der für die jeweilige Wählervereinigung gewählten Mitglieder des Gemeinderats. Andere Wahlvorschläge müssen gemäß § 8 Abs. 1 des Kommunalwahlgesetzes von 20 im Wählerverzeichnis des Wahlgebiets einge-